



Sevilla, 2.-3. Dezember 2014

## OLIVEN DEKLARATION

Die VertreterInnen von Stadt- und Kommunalverwaltungen und von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich in Sevilla zu der *Internationalen Konferenz der Regierungen und der zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Unterstützung der palästinensischen Rechte*, veranstaltet von der Andalusischen Stiftung der Kommunen für internationale Solidarität (FAMSI), dem UN-Komitee für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes (CEIRPP), der Vereinigung der Stadt- und Kommunalverwaltungen (UCLG) und dem Rat Andalusiens, versammelt haben, erklären:

67 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Resolution 181 (II) und der palästinensischen Nakba; 21 Jahre nach der Unterzeichnung der Osloer Abkommen, am 10. Jahrestag der des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) zur Mauer und im internationalen Jahr der Solidarität mit dem palästinensischen Volk (2014);

in Bekräftigung unserer bedingungslosen Unterstützung für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, insbesondere seines Rechts auf Selbstbestimmung, des Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität und des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr zu ihren Häusern und ihrem Besitz, bzw. auf Entschädigung für den Besitz derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, und auf Entschädigung für den Verlust von oder Schaden an Besitz in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der UN-Resolutionen und dem Internationalen Recht;

in Bekräftigung der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Gewohnheitsrechte und Normen, die die Aneignung von Territorium durch Gewalt verbieten; der Universellen Erklärung der Menschenrechte; der Charter der Grundrechte der Europäischen Union und unserer eigenen nationalen Konstitutionen;

alarmiert durch die fortschreitende Verschlechterung der Situation in Jerusalem, die andauernde Vertreibung und die fortwährende Verletzung der fundamentalen Rechte der PalästinenserInnen und den Anstieg von Siedlergewalt und Provokationen gegen heilige Stätten, insbesondere gegen die Al-Aqsa Moschee und ihre Umgebung;

eine größere Effektivität internationaler Diplomatie und der Institutionen fordernd, in deren Verantwortung es liegt, ein Ende dieser Tragödie herbeizuführen;

die kürzlichen Angriffe auf den Gazastreifen verurteilend, die den Tod von etwa 2205 Menschen, ein Viertel davon Kinder, und die Vertreibung von 500 000 PalästinenserInnen, sowie die Zerstörung lebenswichtiger ziviler Infrastruktur zur Folge hatten;

die trotz der wiederholten Aufrufe der internationalen Gemeinschaft für ein Ende dieser Praxis fortgesetzte Expansion der illegalen israelischen Siedlungen in den Besetzten Palästinensischen Gebieten verurteilend;

unter Hinweis auf die abschließenden Beobachtungen des UN-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung: Israel, CERD/C/ISR/CO/13, 9. März 2007, Paragraphen 22, 23, 33, 34 und 35; und CERD/C/ISR/CO/14–16, 9. März 2012, Paragraphen 11, 15, 24–27, die Israel auffordern, jede Politik und alle Praktiken einzustellen, die gegen die Bestimmungen des Artikels 3 der Konvention verstoßen, der rassistische Segregation und Apartheid verbietet;

unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Russell Tribunals zu Palästina bezüglich der Mitschuld der EU, der USA, des Sicherheitsrats und internationaler Firmen an Israels Verstößen gegen Internationales Recht;

unter dem Verweis auf die beispielhafte Praxis von Kommunalverwaltungen, wie die Schritte, die über 16 Kommunen in Andalusien und Katalonien mit der Unterstützung der BDS Kampagne unternommen haben, der Boykott aller Siedlungsprodukte durch den Stadtrat von Leicester und die Entscheidung der Regierung von Rio Grande Do Sul, den Vorvertrag mit Elbit System aufzuheben, sowie viele weitere Initiativen in aller Welt;

den wachsenden Einfluss zivilgesellschaftlicher Bewegungen für ein Ende der Besatzung, etwa die Kampagne für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen anerkennend;

die wachsende internationale Anerkennung des palästinensischen Staates und die fortwährenden und durch eine immer größer werdende Mehrheit der Länder unterstützten Bemühungen der PalästinenserInnen, den Sicherheitsrat und andere UN Gremien zu involvieren, begrüßend;

die langen und leidenschaftlichen Meinungs austausch in diesen zwei Tagen berücksichtigend, fordern wir:

- von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten, ihren Verpflichtungen nach internationalem Recht nachzukommen, wie sie im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Mauer von 2004 ausgeführt sind, in keiner Weise die Aufrechterhaltung der illegalen Situation, die aus dem Bruch Internationalen Rechts entstanden ist, zu unterstützen oder zu befördern und eine größere Rolle dabei zu übernehmen, Israel zur Rechenschaft zu ziehen und konkrete Schritte zu unternehmen, die Menschenrechtsbestimmungen ihres Assoziationsabkommens umzusetzen;
- von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen den Grundsätzen der Charter gerecht zu werden, indem sie ihre politische und wirtschaftliche Unterstützung von Israels Verstößen gegen Internationales Recht beenden und ihre eigenen und internationale

Mechanismen nutzen, um Israel juristisch für seine Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen;

- von allen Ebenen der internationalen Gemeinschaft, einschließlich Kommunalverwaltungen und der Zivilgesellschaft, Unterstützung zu sammeln und Druck für ein Ende der Belagerung des Gazastreifens auszuüben und ein Ende des illegalen Missbrauch der Administrativhaft und Freiheit für alle palästinensischen politischen Gefangenen zu verlangen und, u.a. die internationale Kampagne „Freiheit für Marwan Barghouti und aller palästinensischen Gefangenen“ zu unterstützen;
- von Kommunalverwaltungen, die Beziehungen zu palästinensischen Kommunen durch wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen, sowie Bildungs-, Jugend-, Medien- und Expertenaustausch zu entwickeln und zu stärken und dabei einen Fokus auf die C-Gebiete und Jerusalem zu legen;
- von internationalen, europäischen und nationalen Institutionen, die Städtediplomatie zu stärken und Hindernisse für eine dezentralisierte Kooperation zu beseitigen;
- von Kommunalverwaltungen, sich zu verantwortungsvollen Investitionen zu verpflichten und keine Verträge mit Firmen abzuschließen und keine Partnerschaften mit Städten einzugehen, die die Besatzung unterstützen oder von ihr profitieren oder gegen die relevanten Verbote des Internationalen Rechts verstoßen.
- Von der Zivilgesellschaft, ihre Kommunalverwaltungen und nationalen Regierungen unter Druck zu setzen, Israel und Firmen, die sich an Israels Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte mitschuldig machen, zur Rechenschaft zu ziehen.
- Von den Vereinten Nationen, eine prinzipienorientierte, ethisch verantwortungsvolle und transparente Beschaffungspolitik einzuführen und Mechanismen für die Auftragsvergabe an Firmen zu schaffen, die z.B. beim Wiederaufbau von Gaza jegliche Angebote israelischer oder anderer Firmen und Organisationen ausschließen, die sich an der israelischen Besatzung, Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen Internationales Recht mitschuldig machen.

\*\*\*